

# Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Köpenicker 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen die sechsgepaletete Kleinzeile 150 Mark  
Anzeigen- und Werbungsstellen sind an Otto Behms, Berlin D 27,  
Magasinstraße 6/7 II (Postfach 5386), zu richten. — Bezug  
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Wo treiben wir hin? — Es wird fortgeworfen. — Die unhaltbare Lohnpolitik. — Zunehmende Absatzschwierigkeiten in der Textil- und Wäscheindustrie infolge einer verkehrten Lohnpolitik. — Der Stand der Arbeiterlöhne in Deutschland, Österreich und der Schweiz. — Was ist Sozialisierung? — Arbeitslose und kurzarbeitende Verbandsmitglieder Ende Mai 1923. — Die neuen Erwerbslosenunterstützungssätze. — Jugend. — Reichsjugendleiterkonferenz. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsstück: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (XVI).

## Wo treiben wir hin?

Die neue Teuerungswelle hat alle Schutzdämme niedergeworfen. Die Marktstützungsaktion, die durch Maßnahmen der Reichsbank vor einigen Wochen durchgeführt wurde, wurde nur zu einem Anlaß zur Senkung der Arbeiterlöhne und zur Bereicherung jener raffgierigen Kreise aus Industrie und Landwirtschaft, die schon immer jeden Anlaß wahrgenommen haben, sich auf Kosten der breiten Volksmassen zu bereichern. Durch die Maßnahmen der Reichsbank zur Marktstützung war es der Industrie möglich, größere Devisenbestände, die seitens der Reichsbank auf den Markt geworfen wurden, aufzukaufen und damit letzten Endes die Marktstützungsmaßnahmen der Regierung zu hintertreiben. Die schäbige Rolle, die dabei Stinnes gespielt hat, ist ja bereits in der Presse genügend gekennzeichnet worden. Die Marktstabilisierung hielt nur einige Wochen an, welcher dann ein so größerer Marktsturz folgte.

Die Mark ist innerhalb weniger Wochen um das Vierfache ihres Wertes seit der Marktstützung gesunken. Sie steht gegenwärtig unter dem Kurs der österreichischen Krone. Die Mark eilt jetzt in Riesenschritten dem russischen Rubel entgegen, der als Wertmesser überhaupt nicht mehr in Frage kommen kann. Die Verteuerung aller Waren entsprechend der Markentwertung folgte auf dem Fuß. Es ist dies auch eine ganz natürliche Erscheinung, da Industrie und Landwirtschaft die Preise nicht mehr nach Mark, sondern nach wertbeständigen Geldsorten (Dollar oder Gulden) berechnet. Die Mark ist als Wertmesser vollkommen außer Kurs gesetzt. Und nicht nur der Großhandel, sondern auch der Kleinhandel berechnet die Preise für die Waren nach wertbeständigem Gelde. Aus diesem heraus ergibt sich, daß die Teuerung ganz rapide gestiegen ist und die Notlage der breiten Volksschichten sich außergewöhnlich erhöhte. Unruhen und Lebensmittelkrawalle, die im Reich an verschiedenen Orten stattfanden, sind die Folge dieser rapiden Teuerung, da die Löhne in keiner Weise der Teuerung gefolgt sind.

Seinerzeit hat die Regierung die Marktstützungsaktion sofort zum Anlaß genommen, Anweisung in das Land hinaus zu geben, Lohn erhöhungen nicht zu gewähren, damit — wie sie sagte — die Marktstützung nicht durch weitere Lohn erhöhungen hintertrieben würde. Wir haben damals schon darauf hingewiesen, daß die Teuerung durch die Lohn erhöhungen noch gar nicht abgegolten war und mußten das Vorgehen der Regierung Cuno als ein parteiliches Eingreifen in den Wirtschaftskampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zugunsten der Arbeitgeber, bezeichnen. Die Unternehmerverbände haben die Anweisung der Regierung sich freudig zu eigen gemacht und haben ebenfalls ihrerseits an ihre Unterverbände in einem Rundschreiben Ablehnung von Lohn erhöhungen gefordert. Die Marktstützung ist zusammengebrochen. Zusammengebrochen, weil die Unternehmer dieselbe in jeder Form sabotierten. Der Dollar ist in gewaltigem Steigen begriffen. Die Teuerung wird aber nicht allein durch das Sinken der Mark gefördert, sondern auch gleichzeitig durch die Maßnahmen der Regierung Cuno-Becker resp. der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, indem sie den völligen Aufbau der Getreidebewirtschaftung durchgeführt hat, welches zur Folge hat, daß im Juni eine bedeutende Brotpreiserhöhung eintreten wird. Die breiten Volksmassen werden dadurch in ein immer höher ansteigendes Meer von Elend hinabgestoßen, und die Regierung Cuno-Becker, die seinerzeit so schnell bei der Hand war, ihre nachgeordneten Stellen, bis zu den Schlichtungsausschüssen hinunter, anzuweisen, keine Lohn erhöhungen zu gewähren, verlagert jetzt vollkommen, wo die Teuerung in einer so trassen Weise überhand genommen hat. Sie steht den Dingen ratlos und tatlos gegenüber. Daß die Löhne dem Marktsturz in keiner Weise gefolgt sind, zeigt schon, daß in den letzten Wochen, in welchen der Dollar von 20 000 auf 80 000 stieg, die Mark also um das Vierfache gesunken ist, nur Lohn erhöhungen von 50 bis 75 Proz. in der Textilindustrie erfolgt sind. Wenn der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften unter dem 25. Mai 1923, betreffend Abgeltung der Brotpreiserhöhung, mitteilt,

„daß er, und zwar in Übereinstimmung mit der gesamten Reichsregierung sich bewußt sei, daß den Arbeitnehmern bei der ohnehin gefunkten Kaufkraft der Löhne nicht zugemutet werden kann, eine so starke Preiserhöhung des wichtigsten Lebensnahrungsmittels zu tragen, und er deshalb den deutschen Arbeitgeberverbänden nahegelegt habe, die aus der Brotpreiserhöhung zu erwartende unmittelbare und mittelbare Belastung bei den ohnehin in nächster Zeit notwendig werdenden Lohnverhandlungen voll abzugelten und daß er auch die Schlichtungsbehörden auf die Bedeutung dieser Frage hingewiesen habe,

so bedeutet dies nichts gegenüber dem Eingreifen der Regierung in die wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Zeit der Marktstützungsaktion. Die Regierung will nur die durch die Brotpreiserhöhung, die nur einen Bruchteil der Teuerung darstellt, gegenüber der allgemeinen Verteuerung aller Waren durch den Marktsturz, durch Lohn erhöhungen abgegolten wissen. Über gerade dadurch, daß sie zur Marktstützungsaktion Anweisung gegeben

hat, Lohn erhöhungen zu verhindern, wäre sie jetzt verpflichtet, wenn sie ihre Parteilichkeit nicht hindern würde, von den Unternehmern zu fordern, auch die Teuerung, die aus der Markentwertung eingetreten ist, durch Lohn erhöhungen auszugleichen. Hierzu kann sich jedoch eine Regierung Cuno-Becker nicht aufschwingen. Es bleibt dies für alle Zeiten ein Beweis dafür, in welcher parteilichen Weise die Regierung Cuno zugunsten des Unternehmertums und zum Schaden der Arbeiterschaft in den Wirtschaftskampf eingegriffen hat.

Das Kabinett Cuno-Becker hat bisher durch seine Maßnahmen lediglich die Interessen jener Kreise wahrgenommen, die jede Gelegenheit benutzen, sich in rücksichtsloser Weise zu bereichern. Der Krieg, welcher Millionen von Volksgenossen das bitterste Unheil gebracht hat, wurde für sie eine Quelle der Bereicherung. Sie waren aus diesem Grunde an der Verlängerung des Krieges interessiert. Nach dem Kriege haben sie ungeheure Valuta- und Schiebergewinne eingeheimst und zu dem kommen jetzt noch die Gewinne aus der Devisenspekulation. Leider hat das Reich die Devisenspekulation noch durch Gewährung von Reichskrediten an die Unternehmer in der bedenktlichsten Weise gefördert. Jene Kreise, die gegenüber dem Staat sich zu nichts verpflichtet fühlen, die am Staat genau so wie an der Arbeitskraft des Arbeiters verdienen wollen, jene Industrie- und Handelskreise werden durch die Maßnahmen der Regierung Cuno-Becker in unerhörtester Weise gestützt. Es ist bezeichnend genug, daß der „Observer“, ein englisches Börsenblatt, folgendes mit Recht schreiben kann:

„Die Reichen sind in Deutschland im Kriege reicher und alle anderen Bevölkerungsschichten ärmer geworden. Diese Reichen sind seit dem Friedensschluß noch reicher geworden und die Verarmten noch ärmer. Das Schicksal der Intellektuellen und des Mittelstandes Deutschlands stellt einen wiederholten Kreuzstod dar. Bei jeder Gelegenheit haben die Industriellen und die Junker, die im weitesten Umfange für den Krieg verantwortlich gemacht werden müssen, Gewinne einheimen können, während die Mehrheit des deutschen Volkes, die am wenigsten Verantwortung für den Krieg zu tragen hat, immer schwerere Leiden über sich ergehen lassen muß. Es darf nicht so weiter gehen. Herr Stinnes und seine Kreise haben oft eine Sprache geführt, als ob sie die Beherrscher des deutschen Volkes und der deutschen Regierung seien. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk müssen die Beherrscher dieser Kreise werden.“

Daß dieses Urteil völlig ins Schwarze trifft, darüber dürften Zweifel nicht bestehen. Es trifft aber auch in keiner Weise zu, was Dernburg dieser Tage behauptete, daß gegenüber den jährlichen Gewinnen der Industrie in der Vorkriegszeit von 2 Milliarden Mark nur 6 Millionen gegenwärtig gegenüberstehen. Es ist doch auch für Dernburg völlig unkontrollierbar, wie hoch die Gewinne sind. Jedenfalls sind die Gewinne bedeutend höher, und dies beweist schon der Umstand, daß sich deutsches Kapital an ausländischen Unternehmungen in besonders starker Weise beteiligt. Beachtet man aber auch werden, daß das deutsche Unternehmertum die Kapitalflucht im großen betreibt und große Devisenbestände gar nicht ins Land nimmt, sondern einfach große Geldsummen für gelieferte Waren im Auslande auf Banken überweisen läßt. Hierdurch wird nicht nur das Reich geschädigt, indem dem Steuerfiskus eine Nase gedreht wird, sondern diese Kapitalflucht beschleunigt die Verarmung des eigenen Landes in der unerhörtesten Weise und trägt dazu bei, daß der innere Währungsverfall immer größer wird. Wir treiben dem Bankrott entgegen. Aber trotz allem fühlt sich die Großindustrie, Landwirtschaft und Handel nicht verpflichtet, Verpflichtungen gegenüber dem Reich zu erfüllen, die eine Rettung aus dem Elend bedeuten würden. Das Angebot der Industrie ist ja ein Beweis für die Denkweise der Industriellen. Sie wollen nicht geben, sondern sie wollen Reich und Staat und Gemeinden unter ihre Diktatur zwingen. Die Industriellen handeln am Reich genau so wie ein halsabschneiderischer Gläubiger, der seinen Schuldner zur Zahlungsunfähigkeit bringen will, um damit dessen Vermögen völlig einramtschen zu können. Die Dinge sind heute unheilbar geworden. Geht es in dieser Weise weiter, dann treiben wir in aller Kürze in russische Zustände hinein. Dann kann vielleicht von Deutschland das noch gesagt werden, was man bisher den Bolschewisten in Rußland zum Vorwurf gemacht hat, daß sie das Land in ein Chaos verwandelt haben. In Deutschland besorgt dies wahrscheinlich in derselben gründlichen Weise der Kapitalismus.

Eins ist jetzt notwendig, daß die Löhne der Markentwertung schnell angepaßt werden. Geschieht das nicht, dann kommen wir in Zustände, die unertragbar sind. Ist es nicht ein Skandal, daß gegenwärtig z. B. in Brandenburg in den Färbereien noch Löhne an Männer, die vollwerbsfähig sind, von 880 Mk. die Stunde bezahlt werden? In Schlesien werden vielfach noch Löhne bezahlt, die ebenfalls unter 1000 Mk. pro Stunde betragen. Dr. Moses hat vor kurzem einen Artikel veröffentlicht „Die Psyche der Hungernden“, er stützt sich dabei auf die Beobachtungen, die der russische Forscher Prof. Frank aus Charkow in Rußland gemacht hat. Moses schreibt:

„Professor Frank unterscheidet im psychischen Verhalten der Hungernden zwei Stadien: ein Stadium der Erregung und ein Stadium der Depression.“

„Selbstverständlich lassen sich diese Erscheinungen nicht immer haarscharf abgrenzen. Sie äußern sich bei dem einzelnen von der Hungersnot Betroffenen je nach seiner Individualität und Körperbeschaffenheit verschieden. In manchen Fällen stellt sich die Depression gleich mit Beginn des Hungers ein, andererseits waren Züge der Erregung auch im Depressionszustand häufig bis zum letzten Augenblick zu beobachten. Es scheint dieser Zustand körperlicher und psychischer Erregung im ersten Stadium der Hungersnot zu beobachten. Es scheint dieser Zustand körperlicher

und geistigen Verfassung des vom Alkohol Berauschten. Körper und Geist fühlen sich zunächst freudig angeregt, halten sich der größten und angestrengtesten Leistungen für fähig. Der Geist beginnt zu schwärmen, die Zunge wird beredt, bis der Rausch immer weiter und weiter fortschreitet und im Menschen nichts weiter zurückläßt als völlige Depression, völlige körperliche und geistige Erschlaffung und Verödung bis zur Verblödung und Vertierung.“

Im weiteren wird auf den Kannibalismus, welcher in Rußland zu Zeiten der großen Hungersnot überhand genommen hat, hingewiesen. Wir sind in Deutschland nahe daran, an diese Zustände. Aus diesem Grunde ist es unverantwortlich von einer Regierung, wenn sie die Dinge in der Weise laufen läßt wie bisher.

Der Arbeiterschaft aber endlich müssen wir zurufen, daß sie dem Machtstreben der Industriellen den organisierten gewerkschaftlichen Kampf entgegensetzt. Die Arbeiterschaft muß sich aber auch vor allen Dingen hüten, ihre Kräfte in aussichtslosen Kämpfen zu zerpfählen. Die Zeit ist zu ernst, als daß sich die Arbeiterschaft Kämpfe leisten kann, um Forderungen in der Form, wie sie gestellt sind, wie Kinderlein wirken. Was soll es heißen, wenn in irgendeinem Betriebe ganz örtlicher Natur um die Erfassung der Sachwerte gestreift wird? Ein betrieblicher örtlicher Kampf bedeutet doch keine Basis für die Durchsetzung solcher Forderungen. Es sei denn, man will durch nutzlosen Kampf die Arbeiterschaft in immer größeres Elend hineinstoßen, und die Arbeiterzerpflünderung betreiben, damit die Arbeiterschaft letzten Endes dem Unternehmertum völlig ausgeliefert wird. Die Arbeiterschaft muß sich endlich freimachen von jenen Parolenschieden, die nur Parolen herausgeben, um die Arbeiterschaft gegen die Gewerkschaften aufzubringen. Die Zerrissenheit der Arbeiterschaft hemmt uns in dem Kampf gegenüber dem Kapital ungemein. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft den Gewerkschaften größeres Vertrauen entgegenbringt. Wird das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Organisationen gestärkt, dann wird die Schlagkraft und die Kampfkraft der Organisationen sich bedeutend erhöhen. Die Großmacht des Kapitals ist drauf und dran, über Staat und Wirtschaft und über alle Volksgenossen seine Diktatur auszuüben. Da gilt es abzuwägen und den Kampf so zu führen, daß er Aussicht auf Erfolg hat. Die Arbeiterschaft muß deshalb alle Phrasologie ablehnen und die Dinge nüchtern betrachten.

Stärkt deshalb die Gewerkschaft und sorgt dafür, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gewerkschaften wächst! Nur dadurch wird es möglich sein, die Anschläge des Kapitals abzuwehren.

## Es wird fortgeworfen.

Unser staatliches und wirtschaftliches Unglück wächst ins Unermessliche. Die Verelendung des Volkes nimmt unheimliche Formen an; der Staatsgedanke befindet sich im Zustande erschreckender Zerschlagung. Die Aussichten, dieses Unheils Herr zu werden, verringern sich von Tag zu Tag mehr. Niemand weiß, wo wir enden werden. Es wird von einem Augenblick zum andern fortgeworfen. Des zappelnde, hilflos und ziellos zuckende Geschehen, das man schönfärbend „deutsche Politik“ nennt, enthält weder den Funken irgendeiner politischen Idee, noch eines selbstsicheren Willens. So ideen- und willenlos die „deutsche Politik“ ist, so willenskräftig und zielbewußt sind die Kräfte, die den Verfall des Reiches betreiben. Man kann nicht mehr daran zweifeln, wohin die Industrie steuern will. Sie hat sich durch die Mittel der Markentwertung, durch die billigen Reichsbankkredite, durch Anlegung von Werterhaltungskonten und Kapitalfluchtreserven, durch ihre Verkrüftung, durch internationale Zusammenschlüsse (der Deutsche Stinnes und der Franzose Schneider-Creusol) eine nahezu uneinnehmbare Machtstellung geschaffen. Die Industrie hält die Sachwerte des deutschen Volkes in der Hand. Während die Masse des deutschen Volkes in erschütternder Maße verarmte, rettete die Industrie ihre Substanz, ja, es gelang ihr, sie darüber hinaus auch noch zu vermehren. Bei all ihrem Reichtum und Ueberfluß entzog sie sich der Steuern, der Leistungen an den Staat. Sie trug zu den Reparationsverpflichtungen so wenig bei wie zur finanziellen Deckung der staatlichen Verwaltungsaufgaben. Es ist kein Zweifel daran, daß sie auf den Bankrott des Staates planmäßig hinarbeitet. Selbst nach der Ruhrbesetzung stand die deutsche Industrie vor der Verfolgung ihrer verhängnisvollen Pläne nicht ab. Der passive Widerstand an der Ruhr ist eine Art Kriegsführung. Zum Krieg braucht man Geld. Wenn die Bevölkerung des Ruhrgebiets durchhalten sollte, müßte sie von Berlin aus mit Geld unterfüttert werden. Es fragte sich, wie die Mittel zu dieser Kriegsführung aufgebracht werden sollten. Es ist ein unfähbares Verbrechen Helferrichs, daß er während des Weltkriegs von einer durchgreifenden Besitzsteuer Abstand nahm und an der zerrütenden „Kriegsanteilepolitik“ festhielt. Damit schuf er die Voraussetzungen unseres heutigen Währungselends. Wenn die deutschen „Staatsmänner“ fähig wären, aus der Geschichte zu lernen, würden sie sich peinlich gehütet haben, in die Spuren der Helferrichschen Finanzpulserei zu treten. Das Wort von den gebrannten Kindern, die das Feuer scheuen, gilt indes offensichtlich für unsere Staatslenker nicht. Statt durch nachdrückliche Besteuerung die Gelder für den „nationalen“ Ruhrkrieg aufzubringen, verlegte man sich abermals auf den Notendruck. Man wollte nicht durch eine energische Steuerpolitik die Durchhaltefähigkeit unserer bestehenden Kreise beeinträchtigen. Das war im Kriege auch so gewesen. Vorübergehend hatte man geglaubt, auch die breiten Volksschichten bei guter Laune halten zu müssen. Jenen machte man das Zugeständnis der „Marktstabilisierung“, die insbesondere auf Kosten der Lohnentwicklung eingeleitet wurde. Die Reichsregierung behauptete schamlos und frei, diese Stabilisierung sei vertrauenswürdig und von langer Dauer. In dem Untersuchungsausschuß, der hinter die Geheimnisse des Währungszusammenbruchs vom 18. April kommen soll, erklärte der Reichsbankpräsident, er habe von Anfang an an die Wirksamkeit der Stabilisierungsmaßnahmen nicht geglaubt. Mit anderen Worten: das Volk ist wieder — wie bei uns in der Regel — beschwindelt worden. Es empfiehlt sich, stets das Gegenteil von dem als wahr anzunehmen, was die offiziösen Nachrichten- und Meinungszerzeugungstellen verbreiten. (Nebenbei: für die Art und Weise, wie unsere offiziellen Stellen

arbeiten, ist folgende Taffache bezeichnend. Als der „Vorwärts“ das Rittertelegramm, das zu der ungeheuerlichen Verurteilung Fechenbachs geführt hatte, der Öffentlichkeit zugeführt hatte, ersuchte die amtliche Pressestelle die bürgerlichen Zeitungen, das Telegramm nicht nachzudrucken. Die meisten Zeitungen befolgten diesen Wink. Diefelbe amtliche Pressestelle schickte ein andermal natürlich die heftigsten Proteste gegen französische Reichsbrüche und Rechtsvergealtungen den Zeitungen zum Abdruck zu.)

Die Industrie war natürlich nicht so harmlos, die „beruhigenden“ Erklärungen der deutschen Regierung für bare Münze zu nehmen. Sie verkaufte zwar ihre Dollars für 50 000 Mark, als aber der Dollar auf das Niveau von 20 000 Mk. gesenkt war, versorgte sie sich unter Ausnutzung billiger Reichsbankkredite mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen und setzte sie sich schleunigst wieder in den Besitz der früher abgegebenen Devisen. Sehr bekam sie freilich den Dollar, den sie für 50 000 Mk. abgetreten hatte, wieder für 20 000 Mark zurück, und das war zweifellos ein gutes Geschäft. Es fiel der Industrie nicht ein, die Dolloranleihe zu zeichnen; Devisen sind sicherer. Sie gab nicht einmal Gold für Goldanleihe, geschweige denn, daß sie am Ende gar bereit gewesen wäre, Gold für Eisen zu geben. So mußte es denn dazu kommen, daß der Dollar in die Höhe kletterte und die Mark in alle Tiefen stürzte. Im Untersuchungsausschuß geben sich die bürgerlichen Abgeordneten, an ihrer Spitze Hefferich, alle Mühe, die Schuldfrage zu verschleiern; professionelle Wortmachelei soll den Rebelldunst erzeugen, hinter dem das Treiben der Spekulationsgeier sich zu verbergen vermag. Die Regierungsorgane haben bisher freilich auch nicht die mindeste Neigung gezeigt, die Schuldigen an den Pranger zu stellen, was nicht wunder nehmen kann, solange Herr Becker Reichswirtschaftsminister ist.

Die Industrie, insbesondere die Schwerindustrie, zeigt fast in allen Staaten die Absicht, sich möglichst frei vom Einfluß der Staatsgewalt zu halten. Ihr Ideal ist der Nachwächterstaat; im Innern soll er für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, d. h. für Niederstülpung der Arbeiterkraft und Schutz des Privateigentums sorgen; nach außen aber soll er die Interessen der Schwerindustrie wahren, also Abzählmärkte und Rohstoffgebiete erschließen. Eingriffe in die Produktion durch sozialpolitische Gesetzgebung werden von der Industrie nur widerwillig ertragen.

Durch den Novemberzusammenbruch kamen in Deutschland die demokratisch-parlamentarischen Grundzüge zum Siege. Es liegt im Wesen der demokratisch-parlamentarischen Staatseinrichtungen, daß sie einer gut durchorganisierten Arbeiterschaft die Möglichkeit schaffen, sich durchzusetzen. Solange die Weimarer Verfassung besteht, ist die Schwerindustrie kaum in der Lage, den Achtstundentag aufzuheben. Wenn die Industrie ihre wirtschaftliche Vormachtstellung politisch ausnützen will, dann kann sie das nicht anders tun als in der Weise, daß sie die Republik zugrunde richtet. Ist die Republik bankrott, dann lassen sich Eisenbahnen, Staatsbetriebe erbeuten, dann aber ist sie auch moralisch derart bloßgestellt, daß Aussicht besteht, sie über den Haufen zu werfen. Dann ist der Tag angebrochen für den „starken Mann, der Rettung bringt“ und gleich Mussolini ein Regime auftritt, das lediglich die Interessen der Industrie herkömmlich. Die Regierung ist einfach der beauftragte Ausschuß der Industrie; das sind die Verfassungsideale und angestrebten Ziele unserer industriellen und ihrer Syndikate. Was das Ansehen der Republik untergräbt, fördert die Absichten der Industrie. Was die Republik immerhin zu einem Geßpelt der Welt werden mögen immerhin ihre Kassen leer sein, mag sie unter den Demütigungen des reparationsfordernden Auslandes sich winden; die Industrie hält den Geldschrank geschlossen und wartet ab. Hinderte sie doch auch die Reichsregierung daran, die Kuchelriebe rechtzeitig abzuschließen. Nun, nachdem der rechtzeitige Augenblick verflüchtigt wurde, steht uns das neue Diktat bevor. England ist nicht der Meinung, uns bei der Aufrechterhaltung des waffenlosen Widerstandes zu unterstützen (wie manche deutschen politischen Rannegießer uns glauben machen möchten); der Sinn des Streits zwischen England und Frankreich ist lediglich der, daß diese beiden Mächte sich über die Form nicht einig werden können, in der uns das Fell über die Ohren gezogen werden soll, weil von diesem uns nicht eben wünschenden Prozeß jeder der zwei Gläubiger den größten Vorteil haben will. Die deutsche Industrie rechnet damit, daß sie die Rolle des Reggers spielen darf, der das Fell abzieht und abliefern und dafür einen einträglichen Gebührensatz zugunsten erhält. Die Unternehmungen, die, wie z. B. die Rhönig A.-G., ihr Kapital ins Ausland schaffen, bereiten sich auf ihre Aufgabe würdig vor. Es liegt an der Arbeiterschaft, vorzugeben, daß sie nicht zum gebulldigen Eschaf wird; besser als mit der Haut der Arbeiterschaft bezahlt man die Reparationen mit dem Fett der besitzenden Klasse.

**Die unhaltbare Lohnpolitik.**

In einer überaus freimütigen und den Lohnforderungen der Arbeiter gerecht werdenden Weise spricht in Nr. 424 der „Frankfurter Zeitung“ vom 12. Juni Dr.-Ing. Hans D. Brasch-Drasden über das Thema: „Die Substanzerhaltung der Arbeit“. Dem interessanten Artikel haben wir folgende Stellen entnommen:

**Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.**

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Kielisch.

XVI.

**6. Das Zentralkomitee der deutschen Manufakturarbeiter. (Fortf.)**

Von Interesse ist insbesondere eine Darlegung „Zur Frage der Organisation und Reorganisation der Innungen und Gewerkschaften der Manufakturbranche“. Das Zentralkomitee hatte bereits nach kurzer Wirksamkeit erkannt, daß der Gedanke des Zusammenschlusses zwar allerorts die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterschaft erfaßt hatte, daß jedoch in den breiten Arbeiterschichten die Einsicht in die Notwendigkeit starker Organisationen noch viel zu wünschen übrig ließ.

Mit klugem Verständnis wollte das Zentralkomitee an Reste von Ueberlieferungen anknüpfen, die in der Arbeiterschaft da und dort noch lebendig waren. Die früheren Handwerker und Gesellen waren in Innungen und Zünften organisiert gewesen; dort waren sie in enge persönliche und berufliche Beziehungen zueinander gebracht worden. Innerhalb dieser Verbindungen hatten Handwerker und Gesellen Solidarität geübt; hier hatten sie sich nicht nur zusammengefunden zur Beratung über wirtschaftliche Sorgen und Forderungen, sondern auch zu geselligen Unternehmungen. Mander Arbeiter, der ehemals Kleinhandwerker war, der aber durch die wirtschaftliche Entwicklung gezwungen worden war, seine wirtschaftliche Selbständigkeit preiszugeben und in die Fabrik zu gehen, mancher ehemalige Geselle, der die Werkstatt des Meisters mit dem Maschinenpaar des Fabrikbetriebes vertauscht hatte, erinnerte sich noch dieser „alten guten Zeit“. Solche Erinnerungen riefen die Ausführungen des Zentralkomitees wach. „Fragen wir“, so heißt es hier, „wie eine Verfahrenheit der Gewerkschaften... Platz greifen konnte, so drängt sich uns unwillkürlich das Bild der Zünfte früherer Zeit sowie das der jetzt noch bestehenden Innungen mit ihren Formen und ehemaligen Privilegien auf.“

„Die Innungen früherer Zeit boten allerdings ein erfreuliches Bild der Gemeinlichkeit. Sie schloßen ihre Mitglieder in Erwerbs- und in gewerblichen Rechtsfragen und traten in solchen Fällen für den einzelnen durch die Gesamtheit ein; ebenso führte sich der einzelne veranlaßt, nötigenfalls für die Gesamtheit einzutreten und konnte dies unbesorgt tun, weil er wußte, daß er von der Gesamtheit nicht

„Daselbe verantwortungslose Gezeier, das sich links erhebt, wenn irgendweiche Frage der Besch- und Materialhaltung angeknüpft wird, hört man von der anderen Seite beim Berühren der Lohnpolitik. Und doch muß dieser ganze Komplex einmal aufgerollt werden. Wir sind mitten im Abstieg, wir verschwinden in unsere Volkstrast, wir zerstören die Blüte unserer Leistungskraft, wir leben in vollen Zügen von der Substanz unserer Arbeitkraft. Wir sind auf dem besten Wege, ein gedrücktes, verarmtes, schwaches Volk von Fabrikarbeitern zu werden, unfähig zu jedem Wettkampf. Wir alle werden hierunter zu leiden haben, jetzt und später, der Unternehmer wie der Arbeitnehmer, ja, jener insofern seiner ausgedehnten Interessen noch weit mehr als dieser. Der deutsche Mittel- und Kleinstand, der Beamte, der Angestellte, der Arbeiter galt im Jahre 1914 für fleißig, bescheiden, rechtschaffen. Er war für die Kulturhöhe, die man Deutschland zubilligen muß, anspruchslos, arbeitete mittelstark und qualitativ gut, vermochte sich wohl kaum mehr als den bescheidenen Wohlstand zu erwerben, der als Grundlage einer wichtigen Mittelschicht nötig ist und ohne den wir kaum über den Krieg gekommen wären). Seine heutigen Real-einkünfte sind auf bestenfalls zwei Fünftel zusammen- geschmolzen. Er zehrt trotz aller Papierverdienste von seiner Substanz, er verarmt je nach den Schicksals- umständen rasch oder langsam, aber sicher. — Gerade die Betrachtung unserer Geldwirtschaft während der jüngsten stabilen Periode zeigt deutlich, wohin wir bereits gelangt sind. Unsere Preisbasis hält sich in Gold berechnet, ungefähr auf der Höhe von 1914 oder etwas da- über. Die Rohstoffe, besonders die aus dem goldvalutarischen Aus- land, dessen Teuerungsfaktor gegen 1914 sich etwa wie 150 zu 100 verhält, sind entsprechend teurer, die Halb- und Fertigfabrikate, ein- schließlich der Lebensmittel, entsprechen ziemlich dem Goldwert von 1914, die Arbeitslöhne dagegen stellen nur einen Bruchteil ihres ein- stigen Wertes dar. Das feilhere Verhältnis in der Zusammensetzung eines Fertigproduktes aus Material und Lohn hat sich indessen vollkommen verschoben. Während 1914 ein Arbeitsstück aus Gußeisen, das 1 Kilogramm wog und an dem die Arbeitslöhne einer Stunde haften, in seinen Kosten sich aus 12 Pfennigen Gußeisen und aus 60 Pfennigen Schloßerlohn zusammensetzte, liegen sich seine Kosten kürzlich in etwa 1800 Mark Material und 1300 Mark Lohn zerlegen. Das heißt: das Vorkriegsverhältnis von Material zu Lohn war 1:6 oder 5:30, das heutige ist 5:4. Die so- genannten Betriebsunkosten sind bei diesem Vergleich beide Male außer acht gelassen worden, um das Beispiel einfach zu gestalten; auf sie wird im folgenden noch eingegangen werden. Es liegt auf der Hand, daß, wenn man unserer Lohnpolitik vor 1914 nicht eine ganz unflinliche Verschwendung und Erziehung zur Praxerei vor- werfen will, die heutigen Löhne weit unter den Wieder- beschaffungskosten des arbeitenden Menschen liegen.“

Als Folgen dieser Zustände führt der Verfasser an: starkes Abfallen der Arbeitseistung, der körperlichen wie der geistigen, in allen Betrieben, wachsende Arbeitsunlust, Wertgleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit des einzelnen gegenüber dem Gesamtdienst, „übertriebene Polierleistung der Massen in der unklaren Hoffnung, dadurch Vorteile zu erreichen“. Und als weitere Folge führt er an: „jene riesenhafte angewachsenen Betriebsunkosten, die den durch die niedrigen Löhne erzielten Gewinn zum großen Teil wieder aufzehren und die durch Drücken der Löhne zu ver- mindern eine Denkanforderung ist: sie steigen automatisch durch weitere Interesslosigkeit und jene unterbewusste Resistenz, die jede Lohnverweigerung hervor- ruft. Es ist hier angemerkt, daß zweifellos die Betriebsunkosten jedes Unternehmens gegenüber 1914 stark angewachsen sind. Ob sie aber in dem Maß gestiegen sind wie vielfach geklagt wird, soll erst nach folgender Ueberlegung entschieden werden. Fast allgemein werden die Unkosten in Prozenten der gezahlten Löhne berechnet. Diese sind aber seit 1914 so stark zurückgegangen, daß die gleiche Unkosten- summe, auf die Lohnarbeit bezogen, sich heute in einem Umfange des früheren Prozentsatzes ausdrückt. Um bei dem obigen Beispiel zu bleiben: Das Kilogramm Gußeisen bedarf zu seiner Fertigstellung in einer Arbeitsstunde 10 Kilogramm Rohle (etwa als Betriebsstoff für eine Maschine). 1914 kosteten 10 Kilogramm Rohle 20 Pf.; wenn wir dafür 2800 Mark einsetzen, brühen sich also die gleichen Real- unkosten 1914 in einem Drittel der Lohnsumme = 33 1/3 Proz., heute in dem Doppelten der Lohnsumme = 300 Proz. aus.“

Ueber den gesundheitlichen Zustand der deutschen Arbeiter sagt dann der Verfasser: „Der leibliche Kräfteverfall ist die auffallendste Erscheinung im Habitus unserer arbeitenden Schichten. Der starke deutsche Arbeitererschlag — oft bis zur Fortleitbarkeit wohl- genährt — hat einen neuen Typus verkümmert, blasser und nervöser Menschen Platz gemacht, aus dem nicht mehr ein Bruch- teil der einstigen Leistungen herauszuholen ist. Die rasen- biologische Verelendung unseres Volksschlages, durch endemische und infektiöse Erkrankungen, zumal der schwächlichen Jugend, beschleunigt, läßt wieder die sozialen Vassen für Kranks, Invalids, Sieche anschwellen, schändet das Volkssbild, über die Volksehre, erstickt das Volksgewissen. Unterernährt, zusammengepöckelt, verfallen die Massen der fügen Ueber raschesten, mühelosen Gelderwerbs, der Um- wandlung in zweifelhafte Berufe, dem Spiel- und Spekulations- teufel, der Verschwendung in Kleinigkeiten, da es zu größeren Aus-

im Stiche gelassen wurde. Es bestand somit eine Solidarität, welche ihnen eine Macht verlieh, durch welche sie sich nach und nach ver- schiedene Rechte und Privilegien im Staate erwarben.“ Nach einer Darstellung der Veränderungen, die durch die kapitalistische Pro- duktionsweise bewirkt worden seien, durch die alte Abhängigkeits- verhältnisse sich gelodert und die Bedingungen des früheren Zusammenhalts größtenteils zu bestehen aufgehört hätten, betrachtet das Rundschreiben den augenblicklichen Stand der Organisationsfrage unter der Arbeiterschaft. Es sagt:

„Sehen wir uns um in den Bezirken, in welchen die Web- industrie betrieben wird. Finden wir da nicht, daß der größte Teil der jüngeren selbständigen Genossen ganz los, ohne sich vereint zu haben, dahinlebt? Und wenn ja eine Gewerkschaft, ein Fachverein sich gegründet hat, ist gewöhnlich nur ein kleiner Teil derselben be- getreten, so daß es dieser Korporation trotz aller Anstrengung selten möglich wird, etwaige Beschlüsse zum Besten der Genossen durchzu- führen.“ Nunmehr bringt das Schriftstück seine Anregungen. Sie gehen darauf aus, sich die noch vorhandenen Rückstände der Innungen nutzbar zu machen. „Mit dem Verfall der Innungen würden der Gesamtheit jene Verbindungen, wo wenigstens die Form noch eine Vereinigung noch fest besteht, verloren gehen... Es ließe sich auf diesem Fundamente bei gutem Willen und mit Aus- dauer seiner Mitglieder schon ein neues Gebäude aufziehen, welches für die Mitglieder der Innungen sowie für das große Ganze in Zukunft einen festen Hohl biete.“ Im einzelnen schlägt das Zentral- komitee vor, daß die Mitglieder sich womöglich wöchentlich zu- sammenfinden und sich in Solidarität bewahren sollten. Es gibt außerdem für diesen empfohlenen Neuaufbau von Innungen Vor- schläge, in welcher Weise die Satzungen auszugestaltet seien. Mit aufmunternden Worten schließt dann das Rundschreiben: „Und nun Gewerkschaften, nachdem wir zu zeigen versucht, wie eure Innungen, Genossenschaften oder welcher Art die Verbindungen sein mögen, organisiert sein müssen, um dem Willen der Gesamtheit Ausdruck zu geben, an's Werk!... Kleine und große Anstrengun- gen und Arbeiten liegen vor uns. Nicht nur, daß wir unsere An- gelegenheiten in bezug auf die Gesetzgebung, sowie mit unseren Arbeitgebern zu regeln suchen, auch unter uns selbst gilt es, manches Mißverhältnis, manche Uebelstände zu beseitigen, welche infolge der Gesetzgebung der Neuzeit entstanden sind. Hoffen wir darum, daß es den vereinten Anstrengungen aller Outgesinnten, dem gemäßig- ten, humanen und gerechten, aber ebenso energischen Vorgehen der- selben gelingen möge, nach und nach zu erreichen, was uns allen zum Besten gereicht und was unser aller Ziel sein muß.“

gaben doch nicht langt, dem Amüffiertrieb als Surrogat der umfäng- lichen Befriedigung durch Feste, der völligen geistigen Anarchie, die den augenblicklichen Zustand dumpf als unhalbar empfindet und finster-lüftern auf den Punkt wartet, wo dies labile Gleichgewicht ins Wanken gerät und das Fischen im trüben gestattet, nachdem der klare Fleiß erfolglos geblieben ist.“ — Dr. Brasch meint noch, daß ein Vergleich mit der Lage im Auslande diese Zustände in Deutschland in besonders trassem Lichte erscheinen ließe und schließt: „Wir haben in dem bitteren letzten Jahrzehnt uns zuerst zu Tode gesiegt und dann in den Jahren des Ausver- kaufs fast zu Tode verdient. Hüten wir uns, unser leichtes, kostbares und lebendiges Gut in gleicher Blindheit zu verschlei- dern und uns zu Tode zu arbeiten.“

**Zunehmende Absatzschwierigkeiten in der Textil- und Wäscheindustrie infolge einer verkehrten Lohnpolitik.**

Ueber die zunehmenden Absatzschwierigkeiten in der Textil- und Wäscheindustrie schreibt „Das Deutsche Wollengewerbe“ in Nr. 42 folgendes:

„Die Mark fällt, fällt mit einer so rasenden Geschwindigkeit, wie es selbst die Bestimmten kaum geglaubt haben, und die Waren- preise werden von den Fabrikanten gleich angepaßt. Es sind ja eigentlich nur noch wenige, die heute noch in Papiermark ver- kaufen; denn man ist inzwischen wieder ziemlich allgemein zur Preisstellung in fremder Währung übergegangen, weil eben die Papiermark unmöglich noch als Wertmesser angesehen werden kann. Was aber nicht zu folgen vermag, das sind die Löhne und Ge- hälter und damit die Kaufkraft der übergroßen Mehrheit des deut- schen Volkes. Die Kaufkraft wird immer geringer; denn das Ein- kommen weiter Kreise des Volkes reicht eben kaum noch für den allerdingsten Lebensunterhalt, so daß man an notwendige An- schaffungen von Kleidern und Wäsche gar nicht mehr denken darf. Diese überaus bedauerliche Tatsache spiegelt sich schon in den immer geringeren Umläufen des Zwischenhandels und in dem schon so über- aus geringen Auftragsbestand der Textil- und Wäscheindustrie. Man darf sich hierbei nicht mehr durch die großen Zahlen irre machen lassen. Ein Millionär ist ein verurteilter armer Luder; denn in dem Augenblick, da diese Zeiten geschrieben werden, hat eine Papiermark-Million den „enormen“ Wert von ganzen fünfzig Goldmark! Die Kaufkraft ist ja im Augenblick noch etwas größer, weil im Einzelhandel die Warenpreise noch nicht dem Tageskurs angepaßt sind, aber wie lange wird das noch dauern? Es ist des- halb nur bedauerlich, daß es noch immer Leute gibt, die das Wort „Million“ aus alter Gewohnheit nur mit einer gewissen Ehrfurcht aussprechen können. Auch bei der Beurteilung der Warenpreise darf man sich nicht durch die falschen Papiermark-Begriffe betren- lassen.“

Mit der Verschlechterung der Mark sind, wie schon erwähnt, die Preise gewaltig gestiegen. Für 80—84 Zentimeter breites Halb- leinen wurde je nach der Feinheit 15—27 000 Mk. je Meter ge- fordert, für 160 Zentimeter breites Halbleinen je nach Feinheit 28—45 000 Mk., für Reingleinen 82—84 Zentimeter breit 24—45 000 Mark und für 160 Zentimeter breites Reingleinen 42—80 000 Mk. Die feinfädigen nachgebleichten Reingleinen, die von den Stickerien zu feinen Handarbeitsdecken verarbeitet werden, kosteten in 200 bis 225 Zentimeter breit sogar über 100 000 Mk. je Meter. Für alle anderen Textilwaren wurden entsprechende Preise gefordert. So kostete ein baumwollenes Frottiertuch 48/100 Zentimeter groß ca. 12—13 000 Mk., ein Rinderbaldaken 100/100 Zentimeter groß aus baumwollenen Frottiertuch 25—40 000 Mk. und ein 140—200 Zen- timeter großes Frottiertuchband 70—150 000 Mk. Ein Babe- mantel je nach Qualität und Form kam auf 150—400 000 Mk. und für 50 Zentimeter breites gutes reingleinen Gerstenforn-Handtuchzeug wurde der Preis von ca. 10 000 Mk. je Meter genannt. Je mehr die Preise in die Höhe gingen, um so schleppender wurde das Ge- schäft. Aber nicht, weil der Zwischenhandel auf billigere Preise rechnet, sondern weil mit der abnehmenden Kaufkraft auch die Um- läufe, an der Warenmenge gemessen, immer weiter zurückgehen. Die Industrie wird deshalb in ihrem eigenen Interesse schon eine Lohnpolitik verfolgen müssen, welche die Kaufkraft der breiten Masse des Volkes einigermassen der Teuerung anpaßt. Im andern Fall würde das Inlandsgeschäft schon in sehr kurzer Zeit vollständig belanglos werden, und die Ausfuhr vermag bei den meisten Textilwaren nicht so gesteigert zu werden, daß hier ein Ausgleich für den im Inlandsgeschäft entfallenden Ausfall zu erzielen ist. Es ist ein sehr trauriges Zeichen der Zeit, daß selbst in diesen Tagen der steigenden Preise die Nachfrage sehr begrenzt ist und daß selbst in gangbaren Stapelartikeln immer noch greifbare oder doch sehr kurzfristig lieferbare Waren in ausreichenden Mengen auf dem Markte sind, während noch vor einem Jahr bei einer ähn- lichen Marktlage die Industrie auf lange Zeit voll besetzt war.“

Die Erkenntnis des Wollengewerbes ist ja längst unsere An- schauung gewesen. Aber die Industrie hat nicht daran gedacht, eine Lohnpolitik zu verfolgen, welche die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes auch nur einigermaßen der Teuerung anpaßt. Im Gegenteil, in ihrer Profitgier hat das Unternehmertum alle Dämme niedergedrückt, so daß wir heute die Rückwirkungen dieser verkehrten Lohnpolitik in jeder Richtung hin auszubaden haben. Daß sich die Unternehmer schnell entschließen könnten, mit ihrer bisherigen Lohnpolitik zu brechen, ist leider stark zu bezweifeln. Es sei denn, die Arbeiterschaft zwingt die Unternehmer, die Löhne der gegen- wärtigen Teuerung anzupassen.

**Der Stand der Arbeiterlöhne in Deutsch- land, Deutschösterreich und der Schweiz.**

Eine Berliner Zeitung brachte Mitte Mai die Mitteilung, daß in Deutschösterreich zurzeit die höchsten Löhne in Europa gezahlt würden und daß daher die Wiener Industrie außerstande sei, mit der schweizerischen Industrie zu konkurrieren, trotzdem diese Gold- frankenlöhne zahlen müsse. Daß diese Mitteilung in der vor- liegenden Form unrichtig sei, lag für uns auf der Hand. Sie lenkte aber unsere Aufmerksamkeit auf eine nähere Untersuchung des Verhältnisses zwischen den Arbeiterlöhnen in Deutschland und Deutschösterreich, das sich infolge der österreichischen Währungs- anhebung und des gleichzeitigen deutschen Marksturzes gegenüber früherem Vergleichszeitpunkt total verändert, man kann sogar sagen: ins Gegenteil verkehrt hat. Die Voraussetzungen für solche Ver- gleiche waren gegeben in den eilens der deutschen Gewerkschaften aufgenommenen Lohnplattischen über die tariflich festgelegten Zeit- löhne, sowie in den von der Wiener Halbmonatschrift „Arbeit und Wirtschaft“, dem Organ der Gewerkschaftskommission Deutsch- österreichs, veröffentlichten Lohnstatistiken über Löhne und Lohn- sätze in Wien und Niederösterreich, die beide für die letzte Woche des Vierteljahrs gelten. Um einen Vergleich mit den Lohnsätzen eines am Kriege nicht beteiligten, auf Goldwährung verbliebenen Landes zu ermöglichen, haben wir uns bemüht, vom Vorstand des schweizerischen Gewerkschaftsbundes einige Lohnangaben für die gleichen von uns ausgewählten Berufe zu erhalten. Der schweizerische Bundesvorstand hat uns freundlichst zehn Lohn- angaben zur Verfügung gestellt, allerdings mit dem Bemerkten, daß die Zahlen kaum völlig einwandfrei sind und sich auf den Anfang statt auf das Ende des Quartals beziehen. Reht dürften die Löhne in der Schweiz wohl eher etwas geringer sein.

Wir stellen nachfolgend die Löhne von 13 Branchen (Maurer, Bauhilfsarbeiter, Maler, Metallarbeiter, Tischler und Möbelerbeiter,

Löhne in Berlin, Wien (Ende März) und Zürich (Januar 1923). (Umrechnung in Mark nach dem Stande der Mark Ende März).

Table with columns for Beruf, Berlin Lohn pro Stunde and pro Woche, Wien Lohn pro Woche in Kronen, Zürich Lohn pro Stunde and pro Woche, and Lohn pro Woche in Mark. Rows include various professions like Maurer, Bauhilfsarbeiter, Maler, etc.

Chemische Industrie, Ledermwarenarbeiter, Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter, Buchbinder, Textilweber, Herrenmählschneider und Bäcker aus Berlin und Wien für Ende März 1923 zusammen...

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die Wiener Löhne nur bei den Buchdruckerhilfsarbeitern hinter den Berliner Löhnen zurückbleiben, in allen übrigen Branchen aber bereits darüber hinausgeschritten waren.

Wie stellt sich nun der Realwert dieser Löhne dar? Ein Vergleich derselben mit den Indizes der betreffenden Länder ergibt folgendes Bild: In Deutschland betrug die Indexziffer der Lebenshaltungskosten im März dieses Jahres 1924, in Berlin (ohne Bekleidung) 2399,34.

Zeit auf gewaltsamem Wege zu erreichen ist, sondern daß sie voraussetzt die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und andererseits die Erziehung des Proletariats zur Leitung der Produktion. Der Sozialismus muß das innere Erlebnis der Arbeiterschaft werden.

Den selben Gedankengang verfolgte ein Artikel 'Die Sozialisierung des Menschen' in der 'Holzarbeiterzeitung' (Nr. 18). Darin heißt es: 'Bei der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens kommt es offenbar auf zweierlei an: Die Leistungsfähigkeit der Betriebe soll aufs höchste gesteigert werden, damit der Bedarf des einzelnen und der Gesamtheit möglichst reichlich gedeckt werden kann, und zweitens sollen die Erträge der Betriebe nicht mehr in die Taschen der Kapitalisten fließen, sondern zur Förderung des Gemeinwohls dienen.'

Daß wir solche Zukunftsmenschen schon heute in reichlicher Zahl haben, kann nur ein Demagoge behaupten, der den Massen schmeichelt, um sie zu mißbrauchen. Ein ehrlicher Beobachter weiß, daß es in der deutschen Arbeiterschaft viele tüchtige Leute gibt, die heute schon imstande wären, einen Betrieb innerlich zu sozialisieren, aber er weiß, auch, daß sich diese Leute in der verschwindenden Minderheit befinden.

Die wöchentliche Unterstüfung beträgt demnach: Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt 30000, ohne eigenen Haushalt 26400, unter 21 Jahren 18300. Weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt 26400, ohne eigenen Haushalt 21900, unter 21 Jahren 16500.

Was ist Sozialisierung?

Sozialisierung geht vor sich durch Umwandlung von privaten Einrichtungen in solche der Gesellschaft, der Allgemeinheit. Dabei kann es sich um Einrichtungen produktiver (erzeugender) Art, aber auch um solche nicht erzeugender, aber dennoch nutzbarer Art handeln.

Wenn in Arbeiterkreisen von Sozialisierung gesprochen wird, so hat man fast stets nur Einrichtungen produktiver Art im Auge, weil sie besonders mehrwertig sind, d. h. dem Besitzer die Zurückbehaltung eines so großen Teils aus dem Gewinn des Arbeitsertrages ermöglichen, daß er nicht nur davon auf großem Fuße leben, sondern auch für fortläufige räumliche Erweiterung und technische Verbesserung der Einrichtung sorgen und Reichtümer ansammeln kann.

Die Sozialisierung der Einrichtung kann, wie schon gesagt, eine erzeugende sein, wie eine Fabrik, eine Mühle, ein Bauerngut, aber auch der Menschheit dienen, ohne daß sie ihr Greifbares bietet, wie z. B. ein Museum, ein Theater, ein Krankenhaus.

Die Sozialisierung der Einrichtung kann, wie schon gesagt, eine erzeugende sein, wie eine Fabrik, eine Mühle, ein Bauerngut, aber auch der Menschheit dienen, ohne daß sie ihr Greifbares bietet, wie z. B. ein Museum, ein Theater, ein Krankenhaus.

Das brachte auch Genosse Hilferding auf dem Hamburger Einigungstreffen zum Ausdruck, indem er sagte: 'Die Revolution hat uns gezeigt, daß die Sozialisierung der Gesellschaft nicht in kurzer

Zeit auf gewaltsamem Wege zu erreichen ist, sondern daß sie voraussetzt die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und andererseits die Erziehung des Proletariats zur Leitung der Produktion. Der Sozialismus muß das innere Erlebnis der Arbeiterschaft werden.

Arbeitslose und kurzarbeitende Verbandsmitglieder Ende Mai 1923.

Stichtag für die Arbeitsloserzählung: 26. Mai. Stichtag für die Kurzarbeiterzählung: 21. bis 26. Mai.

Von der Zählung wurden 341 Verbandsfilialen mit 227 634 männlichen und 463 578 weiblichen = 691 212 Mitgliedern erfasst. Das sind 98,1 Proz. der Gesamtmitglieder. 23 Filialen, die nach früheren Zählungen 5427 männliche und 8239 weibliche = 13 666 Mitglieder = 1,9 Proz. umfassen, haben nicht oder zu spät berichtet.

Die Beschäftigungsgrad hat sich gegen den Vormonat wesentlich gebessert. Während die Arbeitslosenziffer etwa die gleiche geblieben ist, hat sich die hundertzahl der Kurzarbeiter gegenüber April von 51,1 auf 38,5, also um 12,6 verringert.

Die vom Bericht erfassten Mitglieder setzen sich folgendermaßen zusammen:

Table with columns: Mitglieder, Som Hundert der erfassten Mitglieder im Mai, Som Hundert der erfassten Mitglieder im April. Rows: Arbeitslose, Kurzarbeiter, Vollarbeiter, Gesamt.

Im einzelnen ergeben sich folgende Ziffern: Arbeitslose: 7136 = 3,1 Proz. männliche, 24 787 = 5,3 Prozent weibliche, zusammen 31 923 = 4,6 Proz. Im Vormonat: 2,9 Proz. männliche, 5,5 Proz. weibliche, zusammen 4,7 Proz. Kurzarbeiter: 92 264 = 40,5 Proz. männliche, 173 911 = 37,5 Proz. weibliche, zusammen 266 175 = 38,5 Proz. Im Vormonat: 54,3 Proz. männliche, 49,6 Proz. weibliche, zusammen 51,1 Proz.

Kurzarbeitertabelle für Ende Mai 1923.

Table with columns: Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt um, Zahl der Betriebe, Kurzarbeiter, Auf das Hundert der erfassten Mitgl., ergeben sich Ende Mai, Ende April, Ende März. Rows: 1-8 Stunden, 9-16, 17-24, 25 u. mehr.

Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammen ergaben 99 400 = 43,7 Proz. männliche, 198 698 = 42,9 Proz. weibliche, zusammen 298 098 = 43,1 Proz. aller erfassten Mitglieder.

(Die Zahlen sind auf das Hundert der Verbandsmitglieder berechnet.)

Table with columns: 1920, 1921, 1922, 1923. Rows: Arbeitslose, Kurzarbeiter, Vollarbeiter. Months: Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember.

Nach Gauen getrennt ergibt sich für Ende Mai folgendes Bild:

Table with columns: Gau, Vom Bericht erfasste (Stätten, Mitglieder), Auf das Hundert der berichtenden Mitglieder kamen (Arbeitslose Ende Mai, Kurzarbeiter Ende Mai, Kurzarbeiter und Arbeitslose zusammen Ende Mai, Ende April, Ende März). Rows: Hannover, Cassel, Württemberg, Stuttgart, Augsburg, Gera, Dresden, Liegnitz, Berlin.

NR. Um ein möglichst klares Bild über den Beschäftigungsgrad innerhalb unseres Verbandsgebietes zu erhalten, werden die Filialleiter gebeten, die Berichtsarbeiten jeden Monat pünktlich einzusenden.

Die neuen Erwerbslosenunterstützungssätze

Die Bemühungen des Vorstandes vom ADGB, um eine Anpassung der Unterstüfungssätze für die Erwerbslosen an die Teuerung haben den Erfolg gehabt, daß Reichsrat und Regierung, wie mir bereits mitgeteilt haben, beschloffen haben, die Unterstüfungssätze erneut zu erhöhen. Rückwirkend vom 4. Juni soll der tägliche Unterstüfungssatz betragen:

Table with columns: Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt, ohne eigenen Haushalt, unter 21 Jahren, weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt, ohne eigenen Haushalt, unter 21 Jahren, Zuschuß für Ehegatten, Kinder und sonstige unterstüfungsberechtigte Angehörige. Rows: A, B, C, D/E.

Die wöchentliche Unterstüfung beträgt demnach:

Table with columns: Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt, ohne eigenen Haushalt, unter 21 Jahren, weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt, ohne eigenen Haushalt, unter 21 Jahren, Die wöchentliche Unterstüfung beträgt demnach für ein Ehepaar, Ehepaar mit 1 Kind, 2 Kindern, 3. Rows: A, B, C, D/E.

Diese Sätze finden auch Anwendung bei der Berechnung der Kurzarbeiterunterstüfung. Diese beträgt die Differenz zwischen dem Anderthalbfachen der obigen Sätze und der Hälfte des Arbeitsverdienstes der Kurzarbeiter. Beispiel: Ein verheirateter Arbeiter mit einem Kind, der 30 Stunden die Woche zu 3600 M. die Stunde arbeitet, erhält einen Lohn von 3600 x 30 = 108 000 M., was abzüglich der Steuer rund 102 100 M. die Woche macht. Die Hälfte davon beträgt 51 050 M. Das Anderthalbfache der Unterstüfung in Berlin, d. h. der Drisklasse A, beträgt 74 700 M. die Woche. Die Differenz zwischen 51 050 und 74 700 ist 23 650. Somit hat der Kurzarbeiter Anspruch auf eine wöchentliche Unterstüfung von 23 650 M.

Diese Erhöhung der Unterstüfungssätze muß aber auch begleitet werden von einer großzügigen Organisation von produktiven Notstandsarbeiten. Viel wichtiger und auch viel nützlicher als die Auszahlung von Unterstüfungen ist die Arbeitsbeschaffung. Die Mittel dazu müßten durch eine schnelle Anpassung der Steuern der Sachwertbesitzer an die Selbstwertung aufgebracht werden.

Jugend.

Bericht des Jugendsekretariats.

I. Allgemeine Bemerkungen.

Die Jugendarbeit innerhalb unseres Verbandes hat im Verlaufe der letzten Monate verschiedene erfreuliche Erfolge erzielt. Es wurden eine Anzahl selbständiger Jugendgruppen gegründet (54); an

anderen Orten (59) wurde die Textilarbeiterjugend beeinflusst, sich den Jugendgruppen entweder des Gewerkschaftsstellens oder der sozialistischen bzw. kommunistischen Partei anzuschließen. Die Gesamtzahl der Jugendabteilungen beträgt 113. Dort, wo die Textilarbeiterjugend bereits in solchen Jugendgruppen organisiert war, wurden Anträge getroffen, um sie für besondere Gelegenheiten (beruflicher oder verbandlicher Natur) zusammenholen zu können. Schon sind zahlreiche Jugendleiter (Jugendleiterinnen) tätig; die Mehrzahl der Gaue hat auch bereits ihre Gaujugendleiter gewählt. In Sachsen und Bayern fanden eigene Jugendleiterkonferenzen statt, die einen befriedigenden Verlauf nahmen; außerdem wurde die Jugendfrage nach auf den Arbeiterinnenkonferenzen in Elberfeld, München, Stuttgart und Breslau behandelt. Ferner wurde die Jugendfrage auf den Geschäftsführerkonferenzen in Berlin und Kottbus, die vom Gau Berlin veranstaltet worden waren, besprochen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Jugendabteilungen, soweit es sich feststellen läßt, ihre Aufgaben richtig erfüllt haben. Es ist für das innere Leben einer Jugendgruppe ein verheißungsvolles Zeichen, wenn sie selbst das Bedürfnis hat, unauferlegend Bericht von ihrer Tätigkeit zu erstatten. Verschiedene Gruppen berichten monatlich und regelmäßig an das Jugendsekretariat.

Aus diesen Berichten geht hervor, daß Vorträge, Heimabende, Wanderungen stattfanden. Besonders erwähnenswert ist das Bezirksjugendfest des Gaues Bayern in Kolbermoor, das während der Pfingsttage eine große Anzahl Jugendlicher vereinigte.

Das Jugendsekretariat hatte angeregt, im Rahmen der einzelnen Gaue Referentienlisten aufzustellen. Im Gau Dresden ist diese Anregung in vorbildlicher Weise verwirklicht worden.

Zu wünschen wäre, daß die Fragebogen des Jugendsekretariats noch vollständiger und pünktlicher beantwortet werden, als es vorerst noch zu geschehen pflegt.

II. Einzelberichte.

1. Gau Hannover. Hier sind verschiedene verheißungsvolle Ansätze vorhanden; es bestehen drei selbständige Jugendgruppen. Ein Gaujugendleiter ist noch nicht bestellt.

2. Gau Kassel. Bereits am 23. Dezember wandte sich der Gauleiter an seine Verwaltungsstellen. Er räumte dabei ein, daß die Struktur des Gaues schwierig sei; trotzdem müsse aber die Gründung von Jugendgruppen gefördert werden. Dieser Schritt der Gauleitung hatte Erfolge. Am 17. März konnte der Gau dem Jugendsekretariat einen Bericht vorlegen, der mancherlei Positives bot. Insgesamt sind bisher 6 selbständige Jugendabteilungen gegründet. Innerhalb der Jugendabteilung der Geschäftsstelle Kassel fanden bisher 4 Veranstaltungen statt. Die Teilnehmer vermehrten sich dabei von 19 auf 42 Jugendliche. In Langensalza zeigte sich ein ähnlich begrüßenswertes Ergebnis. Dort wuchs der Besuch der Jugendveranstaltungen von 65 auf 135. In Eisenach, Erbach und Großburschlag ging es ebenfalls vorwärts. Eine Gaujugendkommission ist noch nicht gewählt. Eine Jugendleiterkonferenz wurde bisher noch nicht angelehnt.

3. Gau Barmen. Die Jugendarbeit des Gaues Barmen wird stark behindert dadurch, daß große Teile seines Gebietes von französischen Besatzungstruppen besetzt sind. Nichtsdestoweniger fehlt es nicht an Fortschritten. Der Gau hat sich mit mehreren anspornenden Rundschreiben an seine Filialen gewandt. Diese Rundschreiben gaben teilweise auch sehr nützliche Winke. Die Abhängigkeit der rheinischen Bevölkerung vom Klerus erschwerte zweifellos die Werbetätigkeit. Nichtsdestoweniger gelang es in Gronau, Barmen, Aachen, Bocholt, Gummersbach, Kettwig, München-Gladbach, Nordhorn, Radbod und Schüttorf selbständige Gruppen ins Leben zu rufen. Soweit sich aus den Berichten ersehen läßt, geht die Arbeit vorwärts. Sie wurde gefördert auch durch die Behandlung der Jugendfrage auf der Arbeiterinnenkonferenz, die im Januar dieses Jahres in Elberfeld stattgefunden hatte. Ein Gaujugendleiter ist bereits gewählt.

4. Gau Stuttgart. Im Gau Stuttgart wurde die Jugendfrage bereits zweimal im großen Kreise erörtert: im März auf einer gemeinsamen Arbeiterinnenkonferenz der Gaue Augsburg und Stuttgart in München, im Mai auf einer Arbeiterinnen- und Jugendleiterkonferenz des Gaues Stuttgart in Stuttgart. Die Gauleitung suchte durch Rundschreiben auf die Ortsverwaltungen anfeuernd zu wirken. Der Gaujugendleiter ist gewählt. Es ist zu erwarten, daß die bisher noch beschränkte Anzahl selbständiger Jugendabteilungen (4) sich im Laufe der nächsten Zeit vermehren wird.

5. Gau Augsburg. Die Verhältnisse für eine erprießliche Entwicklung der Jugendarbeit unseres Verbandes liegen in Bayern nicht eben günstig. Der Einfluß der Kirche ist groß; dazu kommt noch der politische Druck, der in Bayern auf der Arbeiterbewegung lastet. (Würde doch das Bezirksjugendfest in Kolbermoor nahezu von den politischen Behörden verboten.) Trotzdem ist die Jugendarbeit in Bayern vorwärtsgekommen. Schon frühzeitig bestellte der Gau seinen Gaujugendleiter. Mittels verschiedener Rundschreiben suchte dieser in den Ortsverwaltungen Verständnis für die Jugendarbeit zu erwecken. Anfang März konnte in Nürnberg eine Jugendleiterkonferenz durchgeführt werden. Im Anschluß an sie erstanden sieben selbständige Jugendabteilungen. Während der Pfingsttage veranstaltete die Jugendgruppe Kolbermoor ein Bezirksjugendfest, das von Gruppen, die zum Teil sehr weit abliegen (z. B. Kulmbach und Erlangen) besucht wurde und einen glänzenden Verlauf nahm. Bei dieser Gelegenheit wirkte die Kapelle der Augsburger Textilarbeiterjugend mit, deren Leistungen sich auf anerkannter künstlerischer Höhe bewegten und die wohl innerhalb der gesamten Gewerkschaftsbewegung ein ganz einzigartiges Gebilde darstellt. Die Ortsgruppe Augsburg, die die Trägerin dieser Textilarbeiter-Kapelle ist und sie finanziert, hat damit ein rühmliches Verdienst sich erworben. Es wäre zu wünschen, daß von Seiten des Verbandes aus das Wirken dieser Kapelle in jeglicher möglicher Weise Unterstützung fände.

6. Gau Gera. Der Gau Gera hat den Filialen bis 1. Juni eine Frist gesetzt, bis zu der mindestens die Filialen mit besolosten Geschäftsführern eine Besprechung der Jugendmitglieder ansetzen sollten und der Jugendleiter gewählt zu sein habe. Die Dinge sind demnach hier noch ganz und gar im Werden. Faßbare Ergebnisse liegen hier noch nicht vor.

7. Gau Dresden. Am meisten vorangeschritten ist die Jugendarbeit im Gau Dresden. Hier wurde die größte Zahl selbständiger Jugendabteilungen gegründet; hier entfalteten die Jugendabteilungen norddeutsche Lebendigkeit. Die Geschäftsführer nahmen sich der neuen Aufgabe fast durchweg mit großer Arbeitswilligkeit an. Die Gauleitung förderte und machte unermüdet, zuweilen vielleicht mit nicht immer ganz bequemer Dringlichkeit. Die Berichterstattung aus Sachsen ist gut ausgebaut. Zahlreiche Veranstaltungen in Leipzig, Chemnitz, Reichenbach, Dresden und anderen Orten, deren Programme mit Geschmack und Sorgfalt aufgestellt waren, Wanderungen u. v. m. wurden durchgeführt. Die Jugendarbeit vollzieht sich nach einem Arbeitsplan, der auf einer Jugendleiterkonferenz behandelt worden war. Diese Jugendleiterkonferenz hatte seinerzeit einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Zahlreiche Bücherbestellungen aus den Jugendabteilungen des Gaues Dresden zeigen, wie rege das geistige Leben in den dortigen Jugendabteilungen ist. Ein Gaujugendleiter ist vorhanden, der auf Anforderung hin Referenten den einzelnen Jugendabteilungen zuweist.

8. Gau Liegnitz. Wüstegiersdorf und Oppeln hatten hier die ersten Jugendgruppen. Aus beiden Gruppen werden erfreuliche Fortschritte gemeldet. Mit vieler Liebe gibt sich insbesondere der Geschäftsführer in Oppeln der Jugendarbeit hin. Ende Juni fand in Breslau eine Arbeiterinnenkonferenz statt, in deren Verlauf auch die Jugendfrage behandelt wurde. Die Gauleitung hat in Aussicht gestellt, die Jugendfrage tatkräftig in die Hand nehmen und vorwärts bringen zu wollen.

9. Gau Berlin. Der Gau Berlin zeigte auf die ersten Anregungen des Jugendsekretariats hin sogleich die Bereitwilligkeit, sich mit dieser neuen Angelegenheit zu befassen. Im Verlaufe zweier Konferenzen — am 20. Januar in Berlin, am 27. Januar in Kottbus — gab die Gauleitung dem Jugendsekretär Gelegenheit, über „die Jugendbewegung innerhalb unseres Verbandes und den Aufbau der Jugendabteilungen in den einzelnen Orten“ zu referieren. Zum Gaujugendleiter wurde später der im Hauptvorstand beschäftigte Kollege Sachseweger bestimmt. Im einzelnen verdienen aus diesem Gau die Geschäftsführer Berlin und Brandenburg erwähnt zu werden. In beiden Filialen wurde mit frischer Unternehmungslust die Jugendarbeit in Angriff genommen. In Berlin finden neben den Jugendheimabenden, die regelmäßig durch die Berliner Gewerkschaftskommission veranstaltet werden, monatliche besondere Zusammenkünfte der Textilarbeiterjugend statt. Sie bieten belehrende Vorträge und daran anschließende Unterhaltungen. Außerdem werden fast jeden Sonntag Wanderungen veranstaltet. Der Ortsverwaltungs-Vorsitzende hat trotz Arbeitsüberhäufung persönlich das Amt des Jugendleiters übernommen und wird ihm in musterhafter Weise gerecht. Die Ortsverwaltung ist zu jedem Opfer bereit. Ähnliches ist von Brandenburg a. d. S. zu sagen. Versammlungsabende wechseln dort mit Diskutier-, Volksfesten, Spiel- und Unterhaltungsabende ab, an denen sich durchschnittlich 40 Jugendliche — 25 Mädchen und 15 männliche Jugendliche — beteiligten. Von hier aus wurde auch schon eine dreitägige Wanderung in den Harz unternommen. Besondere Schwierigkeiten liegen für den Gauleiter des Gaues Berlin in der weiten räumlichen Ausdehnung des Gaubereichs.

Statistische Uebersicht über die Jugendgruppen.

Name des Gaues	Selbständige Gruppen	Jugendgruppen, die eingegliedert sind in:		Summe
		a) Artellgruppen	b) politische Gruppen	
1. Hannover . . . . .	3	—	2	5
2. Barmen*) . . . . .	11	2	3	16
3. Kassel . . . . .	6	1	3	10
4. Stuttgart*) . . . . .	4	2	3	9
5. Augsburg*) . . . . .	7	4	4	15
6. Gera . . . . .	—	1	3	4
7. Dresden*) . . . . .	16	2	15	33
8. Liegnitz . . . . .	2	1	6	9
9. Berlin*) . . . . .	5	1	8	12
Insgesamt . . . . .	54	14	45	113

\*) Bemerkung: Der Gau hat einen Gaujugendleiter. N.

Reichsjugendleiterkonferenz.

Der Hauptvorstand hat beschlossen den § 9 Abs. 2 der Richtlinien für die Jugendabteilung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in der Weise zum Vollzug zu bringen, daß in diesem Jahre voraussichtlich am 9. September in Kassel eine Reichsjugendleiterkonferenz stattfinden soll. Diese Konferenz dient dem Zweck, bisher gemachte Erfahrungen auszutauschen, Anregungen und Wünsche für die weitere Jugendarbeit zu vermitteln und das Verständnis und den Eifer für die gewerkschaftliche Jugendarbeit zu beleben. Außer dem Bericht des Jugendsekretariats sind noch ein entprechendes Referat und eine allgemeine Aussprache vorgesehen. Zur Teilnahme an dieser Jugendleiterkonferenz sind alle Jugendleiter bzw. Jugendleiterinnen berechtigt. Erwünscht ist die Teilnahme vieler Jugendlicher. Die Delegationskosten sind durchweg von den Filialen zu tragen. Kleinere benachbarte Filialen können auf ihre Kosten gemeinsam — vielleicht im Einvernehmen mit der Gauleitung — einen Delegierten bestimmen. Die Bestimmung der Delegierten zur Jugendleiterkonferenz soll im engen Einvernehmen mit der Gauleitung erfolgen. Namen und Adressen der Teilnehmer müssen bis spätestens Mittwoch, den 27. Juni d. J. beim Jugendsekretariat gemeldet sein.

Aus der Textilindustrie.

Die Preisbewegung im Textilgroßhandel. Die vom Reichsbund des Textileinzelhandels als Grundlage für eine angemessene und notwendige Kalkulation festgestellten marktähnlichen Notierungen von circa 110 verschiedenen Gegenständen des Leinen-, Baumwollwaren-, Kleiderstoffs, des Wäsch-, Wirk- und Kurzwarenfachs enthalten, wie die „Textilwoche“ mitteilt, folgende Großhandelspreise: 80 Zentimeter Rohneßel 8—11 000 (in der Vorwoche 7200—9750); 80 Zentimeter Hemdentuch 8200—11 500 (7500—9300); 80 Zentimeter Pertal 8500—14 000 (6800—13 000); 80 Zentimeter Reineleinen grobfädig 12—25 000 (10—19 000); Herrenoberhemd 35—100 000 (30—90 000); Kragen Rafo 5—8000 (4—7500); Damengtaghemd mit Langetten einfache Verarbeitung 16 500—30 000 (13 bis 23 000); Linontalchentuch 800—4000 (700—3000); baumwollenes Herrentrikothemd 20—70 000 (18—60 000); Herrensocken Baumwolle mittelstar 54—100 000 (48—90 000); Rafo 90—240 000 (75 bis 190 000) Mk. das Dugend; Damenrumpfe Baumwolle mittelstar 65—130 000 (60—120 000); Rafo 140—364 000 (120—220 000); Flor-Muffelste 220—480 000 (200—420 000) das Dugend; Baumwollene Flanelhemden 22 500—38 000 (21—30 000); Cheviotrock 42 500 bis 85 000 (35—70 000); Wollelufe einfarbig Schalform 41 500—100 000 (36 500—75 000); Covercoat oder Tuchmantel 225—450 000 (195 bis 350 000); Obergarb 1000 Meter 4fach 13 534 (12 322) Mart. Die allwöchentlich regelmäßig in dem Bundesorgan des Reichsbundes des Textileinzelhandels, der „Textilwoche“, veröffentlichten Preise sind auf Grund der Vergleichung einer größeren Anzahl marktähnlicher Angebote ermittelt und beziehen sich auf Waren mittlerer Güte. Weitere Preisermäßigung für Nähgarn. Die Betriebsgesellschaft deutscher Baumwollnähfadensfabriken hat, wie die „Textilwoche“ erzählt, den Ausschlag auf die Grundpreise mit Wirkung vom 13. Juni ab von 6300 Proz. auf 7300 Proz. erhöht.

Aus den Gewerkschaften.

Verschmelzung.

Die Verschmelzung des Verbandes der Kürschner mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband ist auf dem Verbandstag der Kürschner, der in Leipzig vom 4. bis 6. Juni tagte, beschlossen worden. Dies ist ein Schritt weiter zur Schaffung von Industrieverbänden, wie sie nach den Richtlinien des Leipziger Gewerkschaftsfortschrittsgefordertes wurden.

Berichte aus Fachreisen.

Brandenburg a. d. Havel. In der Mitgliederversammlung am 6. Juni hielt Kollege Hoffmann-Guben einen sehr lehrreichen Vortrag über die „Gegenwärtige Wirtschaftslage und die Textilindustrie“. Kollege Drescher sprach über die Entlohnung der Textilarbeiter in der allgemeinen und die Lohnpolitik der Arbeitgeber im besonderen. Er führte aus: Wir müssen die Bestimmungen des Manteltarifs voll und ganz durchsetzen, selbst wenn es gegen die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter geht wie bei der Rosamentenfirma Körnejahr. Die 30 Personen starke Belegschaft hatte sich in geheimer Abstimmung für Ueberschunden erklärt, ohne den 25prozentigen Zuschlag zu verlangen. Nun liegt ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vor, weil von Seiten der Organisation Klage gegen diese Firma angestrengt worden war, so daß jetzt diese Arbeiter die 25 Proz. Zuschlag auf den Stundenlohn verlangen

kann. Die Firma hat den Schiedsspruch abgelehnt. In den beiden Färbereien von Fritsch und Karl Kabe erhalten die Männer jetzt 880 Mark die Stunde, die Frauen 600 Mk. Allerdings spart sich diese Arbeiterchaft die Verbandsbeiträge zur Freude und Nutzen der Herren Kabe.

In der Jute- und Kammgarnspinnerei wurde auf einen sehr niedrigen Grundlohn der Akkordzuschlag gezahlt. Auf zahlreiche Beschwerden der Akkordarbeiterinnen wurden von unserer Seite an diese Firmen Eingaben gemacht, worauf sofort mit den Betriebsräten Verhandlungen über die Erhöhung der Akkordlöhne stattgefunden haben. Es fand eine längere Diskussion statt und wurde den Betriebsräten zur Pflicht gemacht, für die Durchführung der Bestimmungen des Manteltarifs Sorge zu tragen.

Zur Verbandsgeneralversammlung wurden mehrere Anträge gestellt sowie die Kandidaten aufgestellt.

Zur Frauenkonferenz nach Berlin wurden 3 Kolleginnen delegiert.

Einstimmig beschlossen wurde die Erhöhung des Lokalzuschlags von 50 Mk. vom 1. Juli ab. Unter Berücksichtigung wurde noch auf den Ausflug am 1. Juli nach dem Krugpark aufmerksam gemacht. Nach Verlesung von ausgeschiedenen Mitgliedern wurde die Versammlung geschlossen.

Landeshut. Reinhold Striezel gestorben. Er gehörte dem Deutschen Textilarbeiterverbande seit dem 14. Oktober 1892 an und war in Neumünster eingetreten. Den alten Verbandkollegen dürfte er noch in Erinnerung sein, denn er hat an den verschiedensten Orten Deutschlands gearbeitet und stets für den Verband eifrig gewirkt. Den jüngeren Mitgliedern möge er stets, wegen seiner Treue zum Verbands, als leuchtendes Beispiel dienen. Ehre seinem Andenken.

Wüstegiersdorf. Die seinerzeit mit großem Tamtam gegründete Ortsgruppe der Syndikalisten, Union der Hand- und Kopparbeiter, ist am Sonntag, den 3. Juni, aus dem Leim gegangen. Nun stehen die Radikalisten da wie die betäubten Lohrherber, denen die Felle weggeschwommen sind. Zunächst taten sie so, als ob sie den Kapitalismus mit Haut und Haaren verschlingen wollten und beschimpften jeden Gewerkschaftsführer als einen Verräter, der ihre radikalen Phrasen als Kinderei ablehnte. Jetzt, nachdem sie unorganisiert sind, laufen sie bei jeder kleinen Lappalie zu Herrn Dr. Schäfer, um dort diejenigen anzuklagen, die sie auffordern, sich zu organisieren. Es zeigt dies auch wieder, daß Ueberradikalismus und Bauernschere nicht nebeneinander liegen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 24. Juni, ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Stichtag ist Sonnabend, den 30. Juni. An diesem Tage ist eine gelbe Karte, gewissenhaft ausgefüllt, mit 40 Mk. frankiert an uns einzusenden. Rechtzeitige Einsendung ist notwendig, um Porto für Mahnungen zu sparen. Nur solche Arbeitslose und Kurzarbeiter sind zu zählen, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Mitglieder, die sich krank gemeldet haben, sind nicht als Arbeitslose zu zählen.

4 bis 5 Uhr nachmittags, Stallschreiberstr. 29, Rest. Schulz: Zahlung. Berlin. Stidereibranche. Freitag, 29. Juni, abends 6 Uhr, Wallstr. 32/33: Betriebsräte und sonstige Funktionäre. Fürstenwalde. Donnerstag, den 28. Juni, im Volksgarten, Windmühlenstraße.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten. Das Mitglied Gustav Thiele aus Lonau hat sein Verbandsbuch verloren. Stamm-Nummer 770 731. Geb. am 28. Mai 1887 in Herzberg a. S. In den Verband eingetreten am 25. Juli 1921 in Herzberg a. S. Das Buch ist bei seinem etwaigen Auftauchen einzuziehen und an die Filialverwaltung in Herzberg einzusenden.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Kreszing Buhmann; Genoveva Habermeyer. Burckhardtshof. Carl Wenzel. Landeshut. Volkenhain. Marie Süßmuth; Reinhold Striezel; Anton Treutner. Leipzig. Johanna Stüber; Henriette Kochrohr; Gottlob Kösch. Cobau (Sa.). Alois Kottafo; Gustav Fests, Bertelsdorf; Ernstine Melchior, Groß-Schweidniz.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Defateure. Jeden Freitag nach dem 1. und 15., von

Für unsere Mitglieder!

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung von Herz und Seidel, statt 8000 für 2000 Mk. Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung von Dr. Curt Geher, statt 15 000 für 6000 Mk. Aufruf zum Sozialismus von Gustav Landauer. Siehe Bücherliste in Nr. 24. 6000 Mk. Material für die bayerischen Kollegen! Das Feschenbach-Urteil von A. Freimuth, 2500 Mk. Porto und Verpackung extra. Bestellungen sind an den Vorstand des Dtsch. Textilarbeiterverbandes, Hauptvorst., Abt. Bücherverhand, Berlin O. 27, Magazinstraße 6/7, II zu richten. Auch die Filialen nehmen Bestellungen entgegen.

Handwebstuhl

zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote an Sagerstroh, Berlin, Weinmännische Straße 10.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 22. Juni

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Drescher in Berlin, für alles andere: Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!